

Übersetzung

The human rights based public water supply – claims and realities

Jerry van den Berge
[Es gilt das gesprochene Wort.]

Übersetzung aus dem Englischen von Dr. Durmuş Ünlü (AöW) und Christa Hecht (AöW), Stand: Berlin, 06.03.2018

Veranstaltung:

Vorkonferenz in Deutschland | Alternatives Weltwasserforum 2018
Berlin, 7. März 2018, 12:00 - 16:00 Uhr

Veranstalter:

Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft (AöW), Brot für die Welt und weitere Partnerorganisationen aus Forum Umwelt und Entwicklung

AöW-BfdW Konferenz am 07. März 2018

Menschenrechtsbasierte öffentliche Wasserbewirtschaftung – Anspruch und Wirklichkeit – die Weltwasserforen WWF8 und FAMA – Herausforderungen für die internationale Architektur zum Thema Wasser

Vielen Dank an AöW und BfdW für die Einladung und für die Möglichkeit auf ihrer Konferenz zu sprechen.

[Folie 2]

Ich möchte meine Ausführungen mit einem Zitat von Papst Franziskus zu den Menschenrechten auf Wasser beginnen, das aufzeigen soll: Das Thema betrifft uns und alle Menschen weltweit. Sodann werde ich in das Thema einsteigen sowie die Unterschiede bei Anspruch und Wirklichkeit in Bezug auf die Umsetzung der Menschenrechte auf Wasser und Sanitärversorgung erläutern. Außerdem werde ich einen Blick auf die beiden Weltwasserforen werfen – WWF8 organisiert vom Weltwasserrat und FAMA organisiert von Wasseraktivisten. Ich werde eine Brücke schlagen zu den Herausforderungen einer neuartigen internationalen (oder globalen) Wasserarchitektur und die Verknüpfung zwischen den globalen Debatten und der lokalen Realitäten aufzeigen.

[Folie 3]

Im vergangenen Jahr sagte Papst Franziskus anlässlich des Weltwassertages am 22. März: "Alle Menschen haben ein Recht auf sauberes Trinkwasser. Dies ist ein grundlegendes Menschenrecht und ein zentrales Thema in der heutigen Welt. Es ist ein Problem, das alle betrifft und eine Quelle großen Leids in unserem gemeinsamen Haus. Wasser muss in der öffentlichen Ordnung den zentralen Platz einnehmen, den es verdient." Das ist meiner Meinung nach eine klare Botschaft: Wasser ist der Kern der öffentlichen Politik und der Kern der nachhaltigen Entwicklung. Da sich die Welt Ziele gesetzt hat, um Wasser und

sanitäre Einrichtungen für alle zu erreichen und Hunger und Armut bis 2030 zu beenden, stellt sich die Frage: Wie werden wir das schaffen?

[Folie 4]

Die Menschenrechte im Bereich der Wasserversorgung und Sanitärversorgung bestehen aus folgenden Bestandteilen: Zugang, Verfügbarkeit, Sicherheit, Erschwinglichkeit und Akzeptanz. Menschenrechtskriterien, die erfüllt werden müssen, sind: Partizipation, Information (Transparenz), Gleichheit, Rechenschaftspflicht und Nachhaltigkeit. Es ist eine Aufgabe der Regierungen, alle Elemente und Kriterien in die Praxis umzusetzen, die Verpflichtung liegt bei ihnen. Eine Regierung kann die Erbringung von Dienstleistungen delegieren und auch die Kriterien dem Dienstleister zuweisen, aber die Erfüllung der Menschenrechtskomponenten bleibt eine staatliche Verpflichtung.

[Folie 5]

Right2water

Zunächst möchte ich an die Europäische Bürgerinitiative "Wasser und Sanitärversorgung sind ein Menschenrecht!", besser bekannt als "Right2Water", erinnern. Diese erste erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative (EBI) sammelte zwischen September 2012 und September 2013 fast 1,9 Millionen Unterschriften. Diese Europäische Bürgerinitiative forderte die Europäische Kommission (EU-Komm.) auf, das Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung in europäisches Recht umzusetzen. Die Kampagne wurde vom Europäischen Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EGÖD) organisiert und von einer großen Anzahl von NGOs und Wasseraktivisten in Europa unterstützt. Sie hat der Europäischen Kommission drei Vorschläge unterbreitet: Erstens, Gewährleistung der Wasser- und Sanitärversorgung für alle Einwohner der Europäischen Union; zweitens: die Liberalisierung der Wasserdienstleistungen in Europa zu stoppen und drittens, die Bemühungen der EU um einen universellen (globalen) Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung zu verstärken. Right2Water hat in 13 Ländern die Schwellen überschritten. Mit diesem Ergebnis wurde es die erste erfolgreiche EBI. Die EBI ist ein durch den Vertrag von Lissabon geschaffenes Instrument, um die Europäische Union ihren Bürgern näher zu bringen. Es gibt Menschen die Möglichkeit, ein Thema in die europäische politische Agenda einzubringen, wenn es ihnen gelingt, in einem Jahr mehr als eine Million Unterschriften aus mindestens sieben Ländern zu sammeln, wobei für jedes Land eine bestimmte Mindestanzahl erforderlich ist (EU-Komm., 2011). Wasser in Europa unterliegt sowohl europäischem als auch nationalem Recht und die Verantwortung wird zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten geteilt, weshalb es sie zu einem geeigneten Thema für eine EBI macht. Ziel der Initiative war es, den Fokus der Europäischen Kommission von ihrer Marktorientierung auf einen auf Rechten basierenden und menschenrechtsorientierten Ansatz in der Wasserpolitik zu legen. Die Right2Water-Kampagne hat sich in die fortwährende Auseinandersetzung über die Wassergerechtigkeit begeben und sich mit dem Slogan "Wasser ist ein öffentliches Gut; keine Ware!" deutlich gegen profitgesteuerte Wasserunternehmen gestellt.

[Folie 6]

Die Right2Water-Bewegung hat sich gegen die Absicht der Europäischen Kommission gewandt, die Trinkwasserversorgung in Europa nach dem Beispiel des Vereinigten Königreichs weiter zu privatisieren. Märkte erfüllen die

Menschenrechte nicht. Die Kampagne Right2Water stand in den einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union einer Vielzahl von Umständen und Zusammenhängen gegenüber. Die Situation in Bezug auf die öffentliche oder private Verwaltung der Wasserversorgungsunternehmen und die Leistungsfähigkeit dieser Versorgungsunternehmen waren in jedem der Länder sehr unterschiedlich. Darüber hinaus war das Bewusstsein für das Thema Menschenrecht auf Wasser in der Öffentlichkeit, bei den Wasser-NGOs und bei den Gewerkschaften sehr unterschiedlich. Die europäischen Länder sahen sich unterschiedlichen Gegebenheiten im Bereich der Wasserversorgung und der Vielfalt von Wasserbewegungen und Aktivisten gegenüber. In Skandinavien fehlte der Aktivismus gänzlich, während dies hauptsächlich in Italien und in einem geringeren Maße in Spanien, Frankreich, Belgien und dem Vereinigten Königreich der Fall war. In Frankreich behaupteten die beiden großen multinationalen Konzerne, dass sie die eigentlichen Förderer des Menschenrechts auf Wasser und Sanitärversorgung seien und dass Right2water von einer "deutschen öffentlichen Lobby" angeheizt werde. Es erschien zu spät, um die vorgeschlagene Konzessionsrichtlinie in ihrer ursprünglichen Form beizubehalten. Wasserdienstleistungen wurden schließlich vom Anwendungsbereich ausgeschlossen.

[Folie 7]

Die vorhandene Wasserbewegung war zu klein für eine europäische Kampagne. Die Gewerkschaften waren von ihrer Stärke überzeugt, überschätzten jedoch die Unterstützung ihrer Mitglieder. Die Herausforderung bestand darin, verschiedene Gruppen und soziale Bewegungen mit unterschiedlichem Hintergrund zusammenzubringen und länderübergreifend zusammenzuarbeiten. Es gelang der Bewegung, diese Vielfalt von Organisationen zu vereinen, die sich als Schlüssel für den letztendlichen Erfolg herausstellte. Neben der politischen Wirkung und dem politischen Wandel in der EU-Wasserpolitik war der größte Erfolg die Sensibilisierung der europäischen Öffentlichkeit und der Mitglieder des Europäischen Parlaments zum Wasserthema und Wasserpolitik. Vor der EBI wussten viele Menschen nicht, wie Wasserdienstleistungen in ihrem Land organisiert sind und waren sich über das Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung, über das Konzept der öffentlichen oder gemeinschaftlichen Güter, über die Rolle der EU in der Wasserpolitik und über die Rolle der EU bei der Privatisierung von Wasserdienstleistungen nicht bewusst. Neue Allianzen wurden gebildet, die den lokalen Auseinandersetzungen gegen Privatisierung von Wasserdienstleistungen neue Energie und Dynamik gaben. Right2Water gab den europäischen Wasserbewegungen eine politische Stimme.

[Folie 8]

Was jedoch nicht erreicht wurde, war die geforderte europäische Gesetzgebung und folglich kein Mechanismus zur Durchsetzung der Menschenrechte für Wasser und Sanitärversorgung. Der wichtigste Erfolg war jedoch das erhöhte Bewusstsein und die neue Dynamik für Wasseraktivisten.

[Folie 9]

Liberalisierung / Privatisierung

Die Schaffung eines Marktes untergräbt das Ziel der Bereitstellung für die Allgemeinheit. Marktgrundsätze bergen das Risiko des Ausschlusses der Armen, die sich den neuen Wasserpreis nicht leisten können. Die Menschen verlieren die

Kontrolle über ihre lokalen Quellen. Wenn in solchen Fällen die Regierungen die Wasserversorgung der Armen subventionieren würden, würde dies bedeuten, dass die Regierungen die Profite des Unternehmens subventionieren. Der "Cochabamba Wasserkrieg" ist das prominenteste Beispiel für einen Wasserkonflikt nach einer Privatisierung von Wasserdienstleistungen. Das Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung schließt die privatwirtschaftliche Bewirtschaftung von Wasserversorgungssystemen nicht aus. Die individualistische libertäre (Eurozentrische) Philosophie betrachtet die Menschenrechte als kompatibel mit den kapitalistischen politischen Wirtschaftssystemen. Ein starkes Marktversagen bietet eine überwältigende Rechtfertigung für die öffentliche Regulierung und dem öffentlichen Eigentum. Eine vollständige Privatisierung widerspricht somit einem Menschenrecht auf Wasser, es sei denn, es ist mit einer Universalitätspflicht (z. B.: ein Gesetz, das Verbindungsunterbrechungen verbietet) und mit einem starken Regulierungsrahmen für Preiskontrollen und Qualitätsstandards verbunden.

[Folie 10]

Nach dem Weltwasserforum in Kyoto im Jahr 2003 hat sich der private Sektor für Wasser als Menschenrecht ausgesprochen. Beim vierten Weltwasserforum in Mexico-Stadt im Jahr 2006 haben Vertreter privater Wasserunternehmen eine Erklärung abgegeben, die das Recht auf Wasser ebenso wie nach der Erklärung der Generalversammlung der Vereinten Nationen von 2010 anerkennt, jedoch im Jahr 2012 erschien diese Erklärung auf dem Weltwasserforum in Marseille als inhaltslos als die privaten Wasserunternehmen erklärten, es sei "logisch", dass Menschen, die kein Geld haben, kein Wasser bekommen: "Kein Geld, kein Wasser!". Wenn der Profit an erster Stelle steht, werden die Menschenrechte zu einer zweitrangigen Angelegenheit. Ein Menschenrecht auf Wasser bedeutet nicht, dass Wasser kostenlos zugänglich sein sollte, obwohl dies in vielen Teilen der Welt mit kulturellen und religiösen Ansichten über Wasser in Konflikt steht. Viele Bürger kapitalistischer Demokratien akzeptieren, dass Waren nicht in Widerspruch zu Menschenrechten stehen (wie Nahrung oder Unterkunft), sondern dass eine Art öffentliches, gemeinschaftliches "Sicherheitsnetz" existieren muss, wenn diese Rechte für alle Bürgerinnen und Bürger erfüllt werden sollen. Dies gilt für Wohnungen oder Lebensmittel – die Situation mit Trinkwasser ist jedoch komplizierter. Trinkwasser ist eine nicht substituierbare Ressource, die lebensnotwendig ist, und eine vernetzte Wasserversorgungsinfrastruktur ist ein natürliches Monopol.

[Folie 11]

Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) werden aufgrund von Widersprüchen zwischen den kommerziellen Zielen des privaten Sektors und den lokalen Entwicklungszielen zunehmend kontrovers diskutiert. Diese Konflikte haben zu einem breiten sozialen Widerstand geführt. Mangelnde Transparenz in Bezug auf Finanzen, Dienstleistungserbringung und Investitionen ist die Hauptursache für Konflikte zwischen Behörden und privaten Betreibern und ein Beweggrund für die öffentliche Hand, ÖPP-Verträge zu kündigen. Dies geschieht zunehmend in großen Städten auf der ganzen Welt. (Kishimoto u. a., 2015). Der Fall Berlin ist exemplarisch. ÖPP, die als Form der Zusammenarbeit von privaten (multinationalen) Unternehmen dargestellt werden, scheinen eine verkappte Privatisierung zu sein. "Die Stärkung des demokratischen, öffentlich-rechtlichen Charakters von Wasserdienstleistungen steht im Widerspruch zu dem gegenwärtig dominierenden neoliberalen Modell, das immer mehr

Lebensbereiche der strengen Logik der globalen Märkte unterordnet". Die behaupteten Vorteile der Privatisierung scheinen falsch zu sein. Eine Studie der Weltbank besagt, dass es insgesamt Beweise für "keinen statistisch signifikanten Unterschied zwischen der Effizienzleistung von öffentlichen und privaten Betreibern in diesem Sektor gibt". Erfahrungen mit Privatisierungen sind gescheitert und sind weiterhin eine Bedrohung in Ländern auf der ganzen Welt.

[Folie 12]

Die soziale gg. liberale Wirtschaft

Die Anerkennung der Menschenrechte für Wasser und Sanitärversorgung erfolgt aus lang anhaltenden Auseinandersetzungen für soziale und ökologische Gerechtigkeit. Es ist sowohl ein Ergebnis dieser Auseinandersetzungen (z. B. Uruguay, Südafrika, Bolivien) als auch ein Treiber für diese Auseinandersetzungen (Slowenien, Mexiko, Indonesien). Die Debatte über Wasser als (öffentliches) Gemeingut oder Ware ist im Gange. Die Menschenrechte für Wasser und Sanitärversorgung werden sowohl von Befürwortern einer Sozialwirtschaft als auch von Befürwortern einer Marktwirtschaft genutzt. Die Verwirklichung der Menschenrechte für Wasser wird jedoch durch die Sozialpolitik vorangetrieben. Die größten Kontroversen werden um die Erschwinglichkeit von Wasser und Sanitärversorgung geführt, die direkt die Armen und ihre Rechte betreffen. Sozialpolitik muss vorhanden sein, um die Erschwinglichkeit sicherzustellen und das Recht für alle zu verwirklichen. Dies ist eine kontinuierliche Arbeit, die am besten in Ländern mit einem Sozialmodell für ihre Volkswirtschaften geleistet wird. Alle Länder haben Mühe, ein Gleichgewicht zwischen Erschwinglichkeit, finanzieller Nachhaltigkeit und Servicequalität zu finden und gleichzeitig die Gleichberechtigung und den Zugang zu Informationen und Justiz zu gewährleisten. Neoliberale Marktpolitik steht oft im Widerspruch zur Verwirklichung des Menschenrechts auf Wasser und Sanitärversorgung, weil Unternehmensinteressen im Widerspruch zu den Menschenrechten stehen. Aber es geht nicht nur darum, welche Interessen an erster Stelle stehen. Es ist auch eine Frage des Diskurses. Der dominierende Diskurs in der neoliberalen Wirtschaft ist über Knappheit und Konkurrenz, über Effizienz, Preise und Gewinne. Dies steht im Gegensatz zu einem menschenrechtsbasierten Diskurs, der den gerechten Zugang für alle, die Verfügbarkeit und die Solidarität betont. Es gibt eine unterschiedliche Sicht auf die Menschen als Verbraucher in der liberalen Wirtschaft und als Bürger in der Sozialwirtschaft. Diskurs ist wichtig. Die Verwirklichung der Menschenrechte für Wasser und Sanitärversorgung hängt nicht von der Umsetzung in der Verfassung oder in einem anderen Rechtsdokument ab. Es ist jedoch eine Hilfestellung für die Bürger, wenn sie rechtlich ihre Rechte geltend machen können, und es zeigt die staatliche Einsatzbereitschaft, wenn die Menschenrechte in der Verfassung oder in einer Regelung verankert sind. Ein Rechtsrahmen wandelt politische Absichten in durchsetzbare Rechte und Pflichten um und legitimiert die Forderung gefährdeter Akteure nach Zugang zu Wasser- und Sanitärversorgung, wodurch der Diskurs "von einer Wohltätigkeit zu einer Anerkennung" verlagert wird.

[Folie 13]

FAMA gegen WWF

Die Auseinandersetzung um den Zugang zu und die Kontrolle über Wasser findet nicht nur auf lokaler Ebene statt, wo Dienstleistungen erbracht werden müssen, sondern auch auf globaler und „Meta“-Ebene im Kampf zwischen den Organisatoren des Weltwasserforums (WWF) und den Veranstaltern vom

Alternativen Weltwasserforum (FAMA) statt, das dieses Jahr in Brasilia stattfindet. "Wassergerechtigkeit" zielt nicht nur darauf ab, dass das Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung erfüllt wird, sondern auch, dass die Kontrolle über Wasserquellen als kollektives Recht in öffentlichen Händen liegen muss. Unternehmen behaupten, dass sie zu den SDGs beitragen können, indem sie Wasser verkaufen und Wasserressourcen kontrollieren. Für sie ist Wasser eine Ware. Sie dominieren die Debatten auf dem Weltwasserforum, während Aktivisten, die sich für lokale und öffentliche Kontrolle über "ihre" lokalen Wasserressourcen einsetzen, im alternativen Wasserforum vertreten sind.

[Folie 14]

Globale Architektur zu Wasser

Ideen für eine globale Architektur zu Wasser kommen aus Finnland, Frankreich, Deutschland, Ungarn, der Schweiz und den Niederlanden. Der Plan ist, den fragmentierten Zustand der globalen institutionellen Architektur zum Wasserbereich zu verbessern. Verschiedene UN-Gremien befassen sich mit Wasser. Der Beirat des UNO-Generalsekretärs für Wasser- und Sanitärversorgung (UNSGAB) empfahl, einen zwischenstaatlichen Wasserausschuss der Vereinten Nationen einzurichten, um die Umsetzung der wasserbezogenen Ziele in der Agenda 2030 zu fördern.

Es gibt laut UNSGAB für die Umsetzung eine Unstimmigkeit zwischen der 2030-Vision über die Wasserbewirtschaftung und den politischen Strukturen. Wir brauchen einen Konsens über eine "ausreichend gute" globale Wasserarchitektur und eine Antwort auf die Vermeidung des kleinsten gemeinsamen Nenners. Die Wasseruhr tickt. In den Worten von Bob Marley: "Du wirst dein Wasser nicht verpassen, bis dein Brunnen trocken läuft". Die divergierenden Ansichten ("Ware" gg. "Gemeinschaftsgut") machen es jedoch schwierig, einen Konsens über diese dringend benötigte globale Wasserarchitektur und alle Bemühungen der Organisation zur Erreichung von SDG 6 (Sustainable Development) zusammenzubringen: bis 2030 sauberes Wasser und Sanitärversorgung für alle, nachhaltige Wasserressourcenbewirtschaftung und Fortschritte in anderen SDGs, die mit Wasser in Zusammenhang stehen. Das scheint noch weit weg zu sein, denn die Diskussion darüber, wie diese Architektur aussehen soll, beginnt gerade erst. Ein High-Level-Panel zu Wasser (HLPW) wurde geschaffen, jedoch sieht es nicht sehr vielversprechend aus. Der Diskurs bewegt sich in Richtung Wassersicherheit. Die HLPW ist der Ansicht, dass ein Weg zur Sicherung der Wasserversorgung mit "Bewertung von Wasser" besteht. Der Preis, der darauf gelegt wird und Betonung, dass Wasser eine Ware ist.

[Folie 15]

Wassersicherheit kann von verschiedenen Akteuren unterschiedlich verstanden werden und kann bedeuten, dass alle beteiligten Gruppen sicherstellen und schützen müssen, dass sie das Wasser bekommen, das sie brauchen. Es bedeutet nicht, dass eine gerechte Verteilung stattfindet. Da Landwirtschaft und Industrie mächtiger sind und Unternehmen reicher sind als Menschen, bedeutet dies, dass ihr Wasserbedarf in erster Linie gesichert wird. Agroindustrien werden versuchen, 70% oder mehr des globalen Süßwasserverbrauchs zu sichern, andere Industrien werden versuchen, zumindest ihren gegenwärtigen Gebrauch oder mehr zu sichern, da sie im gegenwärtigen neoliberalen Wirtschaftsmodell "wachsen müssen". Ist es das, was übrig bleibt für Menschen und den häuslichen Gebrauch?

[Folie 16 + 17]

Sicherheit ist nicht gleichbedeutend mit Gerechtigkeit, deshalb müssen wir immer die Debatte beeinflussen und sicherstellen, dass die globale Architektur über das Wasserthema auf Menschenrechten und sozialen Prinzipien basiert, nicht auf Marktprinzipien. Auf der G20 in Hamburg riefen zivilgesellschaftliche Organisationen im vergangenen Jahr die G20 dazu auf, "die Menschenrechte auf Wasser- und Sanitärversorgung als Beginn der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sowie die Ernährungssicherheit zu sichern" und: "den Wasserfußabdruck zu reduzieren" und allen Arten von "Wasserraub" und "„Kommodifizierung von Wasserressourcen“ ein Ende setzen.

[Folie 18]

Solidarische Zusammenarbeit

Zurück zu den Menschenrechten für Wasser und Sanitärversorgung: Die Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen und des Menschenrechtsrats in 2010 haben die Staaten nicht nur dazu ermutigt, ihre innenpolitischen Anstrengungen und Ressourcen zur Verwirklichung der Menschenrechte für Wasser und Sanitärversorgung zu verstärken, ebenso dienen sie zur Bewusstseinsbildung und darüber hinaus auch zur Mobilisierung von wirtschaftlichen Ressourcen – vor allem in bestimmten Industrieländern, die im Bereich Wasser mit Entwicklungsländern zusammenarbeiten. Gute Beispiele für Solidarität, die zur Verwirklichung der Menschenrechte auf dem Gebiet der Wasser- und Sanitärversorgung beitragen, werden in öffentlich-öffentlichen Partnerschaften (ÖÖPs) gezeigt. Die Verfassung von Uruguay fördert sogar Solidaritätspartnerschaften, um Wasser und Sanitärversorgung für alle zu erreichen. Diese "Alternativen" für öffentlich-private Verträge gewährleisten die Gleichheit der Partner in der Zusammenarbeit und konzentrieren sich in der Regel auf die Armen und Ausgegrenzten, genau wie es ein Menschenrechtsansatz erfordert. Fortschritte bei der Erreichung eines universellen, gerechten Zugangs zu sauberem Wasser und sanitären Einrichtungen – SDG 6 – erfordern eine sozial gerechte Wirtschaft. ÖÖPs als Beispiele für solidarische Zusammenarbeit verdienen mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Ein Wandel auf lokaler Ebene im Bereich der öffentlichen Wasserdienstleistungen und des Ressourcenbewirtschaftung kann durch Solidaritätspartnerschaften dazu beitragen, die öffentliche Wirtschaft von einem neoliberalen Wettbewerbsmodell – mit einigen Gewinnern und vielen Verlierern – zu einem sozialen Modell mit nicht-gewinnorientierter Zusammenarbeit und fairer, geteilter Wohlstand für alle zu ändern.

[Folie 19]

Abschließend: Die Menschenrechte für Wasser und Sanitärversorgung sind sowohl ein Ergebnis als auch Treiber für Wasser-(Gerechtigkeits)-Auseinandersetzungen. Es wird von privaten und kommerziellen Unternehmen sowie von öffentlichen Akteuren und der Zivilgesellschaft als Instrument eingesetzt. Letztere haben recht, wenn sie aufzeigen, dass die Menschenrechte in ein soziales Modell passen und die Umweltgerechtigkeit und die solidarische Zusammenarbeit unterstützen. Die Menschenrechte entsprechen nicht einem neoliberalen Marktmodell, das auf Wettbewerb und Ausbeutung von Ressourcen beruht.

Globale Architektur zum Wasserthema muss auf Menschenrechten und sozialen Prinzipien basieren, nicht auf Marktprinzipien, aber solange ein Marktansatz vorherrscht, werden Auseinandersetzungen für Wassergerechtigkeit weitergehen. Als letzte persönliche Anmerkung: Ich hoffe, dass Sie Solidaritätspartnerschaften in Deutschland fördern können, weil ich denke, dass Sie viel zu bieten haben und mit Menschen auf der ganzen Welt teilen können, um eine gute Wasserversorgung und eine gute öffentliche Wasserversorgung für alle weltweit zu erreichen.

[Folie 20]

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

AOeW-BfdW Conference 7 March 2018

Human rights based public water service – Claims and realities – the world water forums: WWF8 and FAMA – Challenges for international water architecture.

Thank you to AOeW and BfdW for the invitation and the opportunity for me to speak at your conference.

(slide 2)

I would like to start my presentation with a quote from Pope Francis on the human rights to water to show how it is an issue for all of us and all people world-wide. Then I will go into the issue, explain how there are differences in claims and realities with regards to the implementation of the human rights to water and sanitation and have a look at the two world water forums – WWF8 organised by the World Water Council and FAMA organised by water activists. I will make a bridge to the challenges of a new phenomenon called the international (or global) water architecture and show the links between the global debates and local realities.

(slide 3)

Last year at the occasion of World Water Day, 22 March, Pope Francis said: “all people have a right to safe drinking water. This is a basic human right and a central issue in today’s world. It is a problem that affects everyone and a source of great suffering in our Common home. Water needs to be given the central place it deserves in public policy.” This is a clear message in my view: water is at the core of public policy and at the core of sustainable development. As the world has set targets to achieve water and sanitation for all and to end hunger and poverty by 2030, the question arises: how are we going to do this?

(slide 4)

The human rights to water and sanitation are build upon the components: accessibility, availability, safety, affordability and acceptability. Human rights criteria that must be met are: Participation, information (transparency), equality, accountability, sustainability. It is a task for governments to put all components and criteria into practice, but the obligation rests with them. A government can delegate service provision and assign also the criteria to the service provider, but to fulfil the human rights components remains a government obligation.

(slide 5)

Right2water

First of all, I would like to recall the European Citizens’ Initiative “Water and sanitation are a human right!”, better known as “Right2Water”. This first successful European Citizens’ Initiative (ECI) collected nearly 1.9 million signatures between September 2012 and September 2013. This ECI demanded the European Commission (EC) to implement the human right to water and sanitation in European legislation. The campaign was organised by the European Federation of Public Service Unions (EPSU) and supported by a large number of NGOs and water activists in Europe. It made three suggestions to the European Commission: firstly: to guarantee water and sanitation services to all inhabitants of the European Union; secondly: to stop liberalisation of water services in Europe, and thirdly: to increase EU efforts to achieve universal (global) access to water and sanitation.

Right2Water passed the threshold in 13 countries. With that result it became the first ever successful ECI. The ECI is a tool established by the Lisbon Treaty as a means to bring the European

Union closer to its citizens. It gives people an opportunity to bring an issue to the European political agenda if they manage to collect over one million signatures in one-year time, from at least seven countries with a minimum for each country (EC, 2011). Water in Europe is subject to both European as well as national law and a shared responsibility between the European Union and Member States, making it a suitable issue for an ECI. The initiative aimed to shift the focus of the European Commission from their market orientation to a rights-based and people-oriented approach in water policy. The Right2Water campaign put itself in the ongoing struggle of water justice and took a stance against profit driven water companies with the slogan "*water is a public good; not a commodity!*"

(slide 6)

The Right2Water movement campaigned against the EC's intention to further privatise the drinking water utilities in Europe, following the UK example. Markets do not fulfil human rights. The Right2Water campaign faced a large diversity of circumstances and contexts in each of the Member States of the European Union. The state of affairs regarding public or private governance of water utilities and the performance of those utilities were quite different in each of the countries. Moreover, also the awareness about the theme of the human right to water of the general public, water NGOs, and trade unions showed much diversity. European countries were facing different realities in water services and diversity in water movements and activists. In Scandinavia activism was totally absent, whereas this was mostly present in Italy and to a lesser extent in Spain, France, Belgium and the UK. In France the two big multinationals claimed that they were the real promoters of the human right to water and sanitation and that Right2water was fuelled by a 'German public lobby'. It appeared too late to keep the proposed concession directive in its original form. Water services were finally excluded from its scope.

(slide 7)

The existing water movement was too small to carry a European campaign. Trade unions were confident about their power, but overestimated the support among their members. The challenge was in bringing different groups and social movements together and to cooperate across countries and with different backgrounds. The movement succeeded in uniting this diversity of organisations which turned out to be a key for the ultimate success.

Besides the political effect and policy change in EU water policy, the biggest achievement was in awareness raising among the European public and members of the European Parliament about water and water policy. Before the ECI many people did not realise how water services were organised in their country and were not aware of the human right to water and sanitation; the concept of public or common goods; the EU role in water policies and the EU role in privatisation of water services. New alliances were formed that gave new energy and momentum to local struggles against privatisation of water services. Right2Water gave the European water movements a political voice.

(slide 8)

What not was achieved though was the European legislation that has been asked for and consequently no mechanism to enforce the human rights to water and sanitation. However, the most important achievement was the increased awareness and the new momentum for water activists.

(slide 9)

Liberalisation / Privatisation

Creating a market undermines the objective of universal service provision. Market principles bear the risk of exclusion of the poor that cannot afford the new water price. People lose control over their local sources. If in these cases governments would subsidize water supply to the poor, it would imply that the governments subsidize the profits of the corporation. The 'Cochabamba Water War' is the most prominent example of a water conflict following from privatization of water services. The human right to water and sanitation does not foreclose private sector management of water supply systems. The individualistic libertarian (Eurocentric) philosophy sees human rights as compatible with capitalists' political economic systems. Strong market failures provide an overwhelming justification for public regulation and ownership of assets. Full privatization is thus inconsistent with a human right to water unless it is coupled with a universality requirement (e.g.: a law prohibiting disconnections) and with a strong regulatory framework for price controls and quality standards.

(slide 10)

Following the Kyoto World Water Forum in 2003, the private sector began speaking out in favour of water as a human right. At the fourth World Water Forum in Mexico City in 2006 representatives of private water companies issued a statement recognizing the right to water as they did as well after the UNGA declaration of 2010, but in 2012, at the World Water Forum in Marseille this statement appeared void when the private water companies declared that it was 'logic' that people who had no money would get no water: "No money, no water!". If profit comes at first place, human rights become a secondary concern. A human right to water does not imply that water should be accessed for free, although this is at odds with cultural and religious views on water in many parts of the world. Many citizens of capitalist democracies accept that commodities are not inconsistent with human rights (such as food or shelter), but that some sort of public, collective 'safety net' must exist if these rights are to be met for all citizens. This is true for housing or food, but the situation with drinking water is more complicated. Drinking water is a non-substitutable resource, essential for life and a networked water supply is a natural monopoly.

(slide 11)

Public-Private partnerships (PPPs) are increasingly controversial due to conflicts between the private sector's commercial objectives and local developmental objectives. These conflicts have led to widespread social resistance. Lack of transparency over finance, service management and investment is the key cause of conflicts between public authorities and private operators, and a motivation for public authorities to terminate PPP contracts. This is increasingly happening in large cities around the world. (Kishimoto et.al., 2015). The case of Berlin is exemplary. PPPs, presented as form of cooperation by private (multinational) companies appear to be privatisation in disguise. *"Strengthening the democratic, public character of water services is fundamentally at odds with the currently dominant neoliberal model, which subordinates ever more areas of life to the harsh logic of global markets"*. The claimed benefits of privatisation appear to be false. A study by the World Bank said that overall evidence suggests *"there is no statistically significant difference between the efficiency performance of public and private operators in this sector."* Privatization experiences have failed and continue to be a threat in countries around the world.

(slide 12)

The social vs liberal economy

The recognition of human rights to water and sanitation is forthcoming from long ongoing struggles for social and environmental justice. It is both a result of these struggles (e.g. Uruguay, South Africa, Bolivia) as well as a driver for these struggles (Slovenia, Mexico, Indonesia). The debate over water as a common (public) good or commodity is ongoing. The human rights to water and sanitation are both being used by proponents of a social economy as well as by proponents of a market economy. However, the realization of the human rights to water is more advanced by social policies. The biggest controversies are fought over affordability of water and sanitation, affecting directly the poor and their rights. Social policies must be in place to ensure affordability and realize the right for all. This is a continuing work in progress that is best achieved in countries with a social model for their economies. All countries struggle to find a balance in affordability, financial sustainability and quality of service, while ensuring equality and access to information and justice. Neoliberal market policies often conflict with realization of the human right to water and sanitation because corporate interests are at odds with people's rights. But it is not only a matter of who's interests are put first. It is also a matter of discourse. The dominant discourse in the neo-liberal economy is of scarcity and competition; of efficiency, pricing and profits. This is contrary to a human rights discourse that emphasizes equitable access for all, availability and solidarity. There is a different view of people as consumers in the liberal economy and citizens in the social economy. Discourse matters.

Realization of the human rights to water and sanitation is not dependent on implementation in constitution or any other legal document. It is, however, a support to citizens if they legally can claim their rights and it shows a government's commitment when human rights are enshrined in constitution or regulation. A legal framework converts political intentions into enforceable rights and obligations, and legitimizes the demand of vulnerable actors for access to water and sanitation services, thereby moving the discourse 'from one of charity to one of entitlement'.

(slide 13)

FAMA vs. WWF

The struggle for access to and control over water does not only take place at local level where services must be provided, but also at global and 'meta' level in the fight between the organisers of the World Water Forum (WWF) and the organisers of the Alternative World Water Forum (FAMA), this year taking place in Brasilia. 'Water justice' does not only aspire that the human right to water and sanitation is fulfilled, but also that control over water sources must be in public hands as a collective right. Corporations claim that they can contribute to the SDGs by selling water and controlling water resources. For them water is a commodity. They dominate the debates at the World Water Forum, while activists that campaign for local and public control over "their" local water sources are present at the alternative water forum.

(slide 14)

Global water architecture

Ideas for a global water architecture come from Finland, France, Germany, Hungary, Switzerland and the Netherlands. The plan is to improve the fragmented nature of the global water institutional architecture. Different UN bodies are dealing with water. The UN Secretary-General's Advisory Board on Water and Sanitation (UNSGAB) recommended that a UN intergovernmental committee on water should be established to promote implementation of the water-related goals in the 2030 Agenda.

There is, according to the UNSGAB, a mismatch between the 2030 vision of water management and the political structures to implement this. We need a consensus on a "good enough" global water architecture, avoiding the pitfall of a lowest common denominator response. The water clock is ticking. In the words of Bob Marley: "You ain't gonna miss your water until your well runs dry". However, the diverging views ('commodity' vs. 'commons') make it hard to reach consensus on this much-needed global water architecture that should unify and align each and every organisation's effort to achieve Sustainable Development Goal 6: Clean water and sanitation for all by 2030, sustainable water resources management and advance other SDGs that are related to water. This seems still far away, since discussion over what this architecture should look like are just starting. A high-level panel on water (HLPW) has been created, but it does not look very promising. The discourse is moving to water security. The HLPW thinks that a way to secure water supply is by "valuing water". The price that is put on it and it stresses that water is a commodity.

(slide 15)

Water security can be understood differently by different actors and can imply that all stakeholders ensure and protect that they get the water that they need. It does not mean that this is a just distribution. As agricultural and industries are more powerful and businesses are richer than people, it means that their water needs will be secured in the first place. Agro-industries will seek to secure 70% or more of global freshwater use, other industries will try to secure at least their current use or more as they have a "need to grow" in the current neo-liberal economic model. Will it be that what's left over is for people and domestic use?

(slide 16 + 17)

Security does not mean justice, so at all times we need to influence the debate and make sure that global water architecture is based on human rights and social principles, not on market principles. At C-20 in Hamburg last year Civil Society organisations made a call to the G-20: "Secure the human rights to water and sanitation as the start of economic and social development and food and nutrition security", and: "Reduce water footprints" and put an end to all forms of "water grabbing" and commodification of water resources".

(slide 18)

Solidarity cooperation

Coming back to the human rights to water and sanitation: The resolutions of the UNGA and the Human Rights Council in 2010 have not only encouraged states to increase their domestic efforts and resources to realize the human rights to water and sanitation, they have also served to create awareness, and, more than just this, also to mobilise economic resources – above all in specific developed countries which cooperate with developing countries in the area of water. Good examples of solidarity that helps to realise the human rights to water and sanitation are shown in public-public partnerships (PUPs). The constitution of Uruguay even promotes solidarity partnerships to achieve water and sanitation for all. These 'alternatives' for public-private contracts ensure equality of partners in cooperation and usually focus on the poor and marginalised, exactly as a human rights approach requires. Making progress to achieve universal, equitable access of clean water and sanitation – SDG 6 – requires a socially just economy. PUPs, as examples of solidarity cooperation, merit more attention and support.

Making a change at local level in public water services and resource management, Solidarity partnerships can help to shift the public economy from a neo-liberal model of competition – with a few winners and many losers – to a social model with not-for-profit collaboration and fair, shared prosperity for all.

(slide 19)

To conclude: The Human rights to water and sanitation are both a result of, as well as driver for water (justice) struggles. It is being used as a tool by private and commercial companies as well as by public operators and civil society. The latter are right in showing that human rights fit in a social model, supporting environmental justice and solidarity cooperation. Human rights do not align with a neo-liberal market model built on competition and exploitation of resources.

Global water architecture must be based on human rights and social principles, not on market principles, but as long as a market approach dominates, struggles for water justice will continue.

As a final personal note: I hope you can to promote solidarity partnerships in Germany as I think you have a lot to offer and share with people around the world to achieve good quality water supply and good, just public water management for all, worldwide.

(slide 20)

Thank you very much for your attention.